

Wir müssen gemeinsam Prioritäten setzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplanentwurf 2021 ist, wie alles in diesem Jahr, stark von der Corona-Pandemie geprägt. Diese Feststellung wird Sie nicht überraschen. Sie verfolgen natürlich die Berichterstattung in den Medien und wissen um die gravierenden wirtschaftlichen Folgen des monatelangen Ausnahmezustands. Auf allen Ebenen des Staates brechen Steuereinnahmen weg, auf der anderen Seite verursacht die Pandemie gewaltige Kosten, sei es für die unmittelbare Bekämpfung des SARS-CoV-2-Virus bzw. der von ihm verursachten Erkrankungen, sei es für die Unterstützung schuldlos in Not geratener Bürger, Unternehmen, ja ganzer Wirtschaftszweige.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 8. November 2020 hat Ihnen der Stadtkämmerer bereits eine aktuelle Bestandsaufnahme der Haushaltssituation in Ratingen geliefert. Sie werden seine große Besorgnis da schon vernommen und sich vielleicht schon darauf eingestellt haben, dass Sie bei der Etateinbringung ein deutlich rot eingefärbtes Zahlenwerk vorgelegt bekommen würden.

Es wird Sie also, wie gesagt, nicht überraschen, dass sich die Lage verschlechtert hat gegenüber den Vorjahren. Das Ausmaß der Verschlechterung aber vermutlich schon, zumindest dann, wenn Sie nicht allein das Jahr 2021 betrachten. Zwar ist auch das kommende Jahr für sich genommen schon besorgniserregend genug, die Dimension ist aber noch nicht singulär. Im Vergleich zu 2012 ist der Absturz zum Beispiel weniger steil. Doch 2012 hatten wir es mit einem Einmaleffekt zu tun, von dem wir uns relativ schnell erholen konnten. Davon können wir jetzt nicht ausgehen.

Die gewohnte finanzielle Grundlage bricht weg

Das gravierende Problem sind die kumulierten und strukturellen Fehlbeträge der kommenden Jahre, die in der Summe eine geradezu disruptive Wirkung entfalten. Unsere wirtschaftliche und finanzielle Grundlage, an die wir uns in den letzten Jahren gewöhnt haben, gibt es so nicht mehr. Wir müssen neu denken.

Die ungünstige Entwicklung hat vor allem, aber nicht nur mit Corona zu tun. Hinzu kommen einige verstärkende Sondereffekte. In den Haushaltsjahren 2019, 2020 und auch 2021 haben sich diese noch überwiegend positiv ausgewirkt, und zwar in

beträchtlichem Ausmaß. Es handelt sich dabei vor allem um Nachzahlungen aus der Gewerbesteuer und um Erstattungen aus dem Fonds Deutsche Einheit in der Größenordnung von jeweils zweistelligen Millionenbeträgen. Diese Sondereffekte führten zu einem hohen Überschuss im Jahr 2019, sie werden voraussichtlich dafür sorgen, dass sogar das Corona-Jahr 2020 mit einem kleinen Überschuss abschließen wird (hier wirken auch die bislang einmalig angelegten Kompensationszahlungen von Bund und Land für Gewerbesteuerausfälle), und sie werden 2021 vermutlich das Allerschlimmste verhindern. (Genauere Ausführungen dazu entnehmen Sie bitte der Präsentation des Kämmerers.)

Jahresfehlbeträge 2021-2024 summieren sich auf mehr als 75 Mio. €

Doch trotz der letztmaligen Erstattung aus dem Fonds Deutsche Einheit gelingt es nicht, den Etat 2021 strukturell ausgeglichen zu gestalten. Und in den kommenden Jahren der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024 summieren sich weitere Jahresfehlbeträge auf mehr als 75 Millionen Euro. Um es plakativ zu sagen: Ab nächstem Jahr zehren wir die Substanz, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben, in hohem Tempo auf.

Dabei haben wir sogar schon auf die Bremse getreten. Der Ergebnis- und vor allem der Investitionsplan wurden einer grundlegenden Revision unterzogen. Unmittelbarer Anlass waren, wie gesagt, die durch die Corona-Pandemie verursachten finanziellen Verwerfungen, denen es durch geeignete Gegenmaßnahmen zu begegnen gilt.

Gleichzeitig verfolgte die Bestandsaufnahme das Ziel, insbesondere die Bauprojektlisten der technischen Ämter und Abteilungen auf Durchführbarkeit zu prüfen. Diese Liste der durchzuführenden Maßnahmen hatte eine Länge erreicht, die Zweifel weckte, ob sie noch im Einklang mit den vorhandenen Ressourcen stand. Allein schon, um die Grundsätze der Haushaltswahrheit- und -klarheit einzuhalten, gab es hier Controlling-Handlungsbedarf.

Revision zeigt: IP nicht durch Personalressourcen unterlegt

Im Ergebnis stellte sich eindeutig heraus, dass eine ganze Reihe von Maßnahmen aus dem Investitionsprogramm nicht durch Personalressourcen unterlegt sind, jedenfalls nicht im Zeitraum des IP bis 2024. Dies gilt – in unterschiedlich starker Ausprägung – für alle mit (Neu-)Bauprojekten befassten Abteilungen, und zwar bereits unter Zugrundelegung der Planstellen. Verschärfend kommt der in einigen Bereichen extrem enge Arbeitsmarkt hinzu, der dazu führt, dass vakante Stellen nur schwer besetzt werden können. Besonders problematisch ist hier, viele von Ihnen wissen das, der Verkehrsbereich.

Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse und der sich abzeichnenden Entwicklung hat der Kämmerer in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsvorstand in seinem Haushaltsplanentwurf eine Reihe von Verschiebungen vorgenommen. Ich bin dem Kämmerer wie auch allen Kollegen in der Verwaltung sehr dankbar für ihre

aufwendige und präzise Bestandsaufnahme sowie natürlich für den Versuch, den IP auf ein realistisches und tragfähiges Maß zu bringen. Daher habe ich den Entwurf mitgetragen und festgestellt.

Ich sage an dieser Stelle aber deutlich: Die vorgeschlagenen Korrekturen reichen nicht aus. Weitere Verschiebungen im Investitionsprogramm sind erforderlich. Dass wir diese noch nicht vorgenommen haben, ist dem Respekt vor den Ratsbeschlüssen geschuldet, die den meisten Projekten zugrunde liegen.

Daher richte ich den dringenden Appell an Sie, dass wir in den kommenden Wochen der Haushaltsberatungen gemeinsam darangehen, ehrlich und verantwortungsbewusst Prioritäten zu setzen. Ich könnte mir dafür einen Arbeitskreis nach dem Muster der Haushaltskonsolidierungskommission in den Jahren nach der Finanzkrise vorstellen.

Müssen jetzt handeln, um nicht morgen konsolidieren zu müssen

Ich sage „nach dem Muster“, denn das Wort „Konsolidierung“ möchte ich im Moment noch nicht verwenden. Noch haben wir es nicht mit einer Konsolidierung zu tun. Es gehört zu den Paradoxien dieser Situation, dass ich mit einem sehr ernstem Appell an Sie herantrete, obwohl unser Haushalt aktuell noch kerngesund ist. Aber wir können sehen, wohin es uns treibt, und dass es dort ungemütlich wird. Jetzt gilt es beizudrehen, bevor uns die Stromschnellen packen. Oder prosaischer ausgedrückt: Wir müssen jetzt handeln, um zu verhindern, dass wir in absehbarer Zeit konsolidieren müssen. Denn das ist dann noch weitaus weniger spaßig.

Es ist eine Gratwanderung, die wir als verantwortungsvolle Finanzpolitiker in Ratingen zurzeit vollziehen müssen. Denn es war und bleibt ja richtig, was der Kämmerer und ich noch im September gesagt haben: Ratingen steht im Vergleich zur Mehrheit der anderen Kommunen trotz allem noch sehr gut da. Wir haben immer noch die Chance, Einschnitte bei den öffentlichen Dienstleistungen und bei den Investitionen zu vermeiden. Unsere Eigenkapitalquote von 52 Prozent ist ein dickes Polster, mit dem wir Unterdeckungen eine ganze Weile lang ausgleichen können.

Viele Kommunen in NRW sind jetzt schon in der Situation, (zusätzliche) Liquiditätskredite in Millionenhöhe aufzunehmen. Davon ist Ratingen noch eine Weile entfernt. Wir können diese besonders unrentierliche Form der Verschuldung seit vielen Jahren auf null halten. Doch damit wird es nach den vorliegenden Haushaltszahlen spätestens 2023 vorbei sein. Dann wird auch der Ratinger Stadtkämmerer voraussichtlich Kassenkredite aufnehmen müssen, um die Liquidität zu erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sollten alles dafür tun, um ein solches Szenario zu vermeiden, um die äußerst solide Finanzgrundlage der Stadt Ratingen zu erhalten. Denn damit bewahren wir auch unsere Handlungsfähigkeit. Jetzt ist der Zeitpunkt, um die richtigen Weichen zu stellen. Jetzt haben wir noch Optionen. Wir

können immer noch eine ganze Menge tun für die Entwicklung unserer Stadt. Es geht jetzt darum zu erkennen, dass nicht jeder Wunsch in Erfüllung gehen kann, und vor allem nicht sofort.

Nüchtern betrachtet, sieht die Situation so aus: Wenn Sie in den Investitionsplan schauen, werden Sie feststellen, dass er immer noch ein bemerkenswertes Volumen hat. Die Zahl der Bauvorhaben ist so groß, dass diese so, wie sie da stehen, nicht abgearbeitet werden können. Selbst dann nicht, wenn man unterstellen würde, dass alle Planstellen jederzeit ohne Ausfälle besetzt sind. Eine Personalaufstockung würde jedoch den Haushalt weiterhin und dauerhaft belasten und die Krise verschärfen.

Bauprojekte überprüfen und ggfs. verschieben

Wohlgemerkt: Ich spreche nicht von Einsparungen! Einschnitte beim Personal können wir uns ebenfalls nicht leisten, denn die Verwaltung muss ihre Aufgaben natürlich wahrnehmen können, und das ist angesichts der in vielen Bereichen steigenden Arbeitsverdichtung zunehmend schwierig. Es geht darum, den heutigen Status quo zu erhalten.

Dann ist es aber nicht nur im Sinne der Haushaltswahrheit und –klarheit, nicht nur wegen der verschlechterten Finanzsituation, sondern auch aus Fürsorge für die Kolleginnen und Kollegen in den betroffenen Ämtern geboten, die Projektabwicklung auch in der Etatdarstellung mindestens zu strecken und Projekte auf den Prüfstand zu stellen. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten engagiert und geben ihr Bestes, aber ich muss wohl nicht näher erläutern, dass ein Berg von unerledigten und vor allem unerledigbaren Investitionsmaßnahmen nicht motivierend wirkt.

Spielraum für den neuen Rat schaffen

Letztlich geht es aber auch darum, dem neuen Rat einen gewissen Spielraum für neue Investitionsbeschlüsse mit zeitnaher Realisierungsperspektive zu verschaffen. Diese wäre nur dann gegeben, wenn der Berg nicht noch höher wird, sondern wenn andere Maßnahmen verschoben werden.

Beim Studium des Investitionsplans werden Sie erkennen, dass trotzdem noch eine Menge geht in Ratingen. Das gilt zuallererst für die Unterhaltung unserer Infrastruktur, die für mich absolute Priorität hat, die aber in der öffentlichen Wahrnehmung oft hinter auffälligeren Neu- und Umbauprojekten anstehen muss. Hier sollten wir nichts auf die lange Bank schieben, denn Versäumnisse in der Substanzerhaltung werden in der Regel mit einem sehr viel höheren Preis in der Zukunft bezahlt.

Doch auch im Neubaubereich gibt es eine Reihe von Vorhaben, die weder grundsätzlich noch in der zeitlichen Abwicklung zur Disposition stehen. Dazu zählen pauschal alle Kita- und Schulbauprojekte. Auch das Feld der Digitalisierung müssen

wir beackern, auch da sehe ich keinen Raum für Kürzungen oder Streckungen. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine anhaltend brennende soziale Frage, der wir uns auch als Stadt mehr widmen müssen und werden. Neben der Schaffung von guten Rahmenbedingungen für Bauherren sollten wir daher die städtische Position durch eine Aufstockung des strategischen Grunderwerbs stärken.

Klare Prioritäten sind nötig, dann ist immer noch viel möglich

Sanierung Stadttheater, Umweltbildungszentrum, Stadthalle, Mehrgenerationentreffs, Baubetriebshof, Rettungswache Breitscheid, Sportstätten, die zahlreichen Projekte im Verkehrs- und Grünflächenbereich, Integriertes Handlungsprojekt Innenstadt (Intek), Sanierung Verwaltungsgebäude Stadionring und andere städtische Liegenschaften sowie noch einiges mehr – Sie merken schon an dieser stark verkürzten Aufzählung, wie lang die Maßnahmenliste ist. Das meiste davon muss und wird auch bleiben. Aber wir sollten in den nächsten Wochen gemeinsam, ehrlich und ergebnisoffen beraten, wo wir Kompromisse eingehen müssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Klaus Pesch

Bürgermeister